DRINGLICHE ANFRAGE von Michael Welz (EDU, Oberembrach), Hans-Heinrich Heusser

(SVP, Seegräben) und Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) sowie

Mitunterzeichnende

betreffend SABA Strassenabwasserbehandlungsanlagen

Gemäss BafU- Wegleitung soll künftig das Strassenabwasser von stark befahrenen Strassen vor der Einleitung in Gewässer oder vor der Versickerung in den Untergrund gereinigt werden. Aus diesem Grunde sind im Auftrag des Bundesamtes für Strassen ASTRA an verschiedenen Orten im Kt. Zürich entlang der Nationalstrassen SABA-Becken in Planung. Grösstenteils können die SABAs nur durch Grundstückenteignung realisiert werden. Der beach-

Grösstenteils können die SABAs nur durch Grundstückenteignung realisiert werden. Der beachtliche Flächenbedarf für ein SABA beträgt zwischen 25-50 Aren, in Einzelfällen bis zu 150 Aren. In der zurzeit laufenden Evaluationsphase bezüglich der Standortbestimmung wurde festgestellt, dass Grundstückbesitzer kaum über ein Mitspracherecht verfügen. Die vom ASTRA beauftragten Unternehmungen konfrontieren die Grundstückbesitzer mit einem fertig erstellten Plan und weisen oftmals keine Bereitschaft einer Überprüfung eines Alternativstandortes auf, sondern drohen unverzüglich eine Enteignung an.

Ob ein solches Vorgehen den Rechtstaatlichkeitsprinzipien sowie den Bürgerrechten entspricht, ist fraglich.

In diesem Zusammenhang und in Anbetracht der fortschreitenden Projektierungsarbeiten bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche gesetzlichen Bestimmungen erfordern die Realisierung von SABAs ?
- 2. Hat der Grundstückbesitzer im Sinne einer Interessenabwägung ein Anrecht auf die Prüfung von Alternativvarianten?
- 3. Sind die beauftragten Unternehmungen angehalten, diese Alternativvarianten zu überprüfen und eine einvernehmliche Lösung zu erarbeiten?
- 4. Sind auch Waldflächen, Gewerbezonen, Industriebrachen oder ÖKO-Ausgleichsflächen zur Umnutzung in SABAs vorgesehen oder wird nur landwirtschaftliches Kulturland beansprucht?
- 5. Ist der Regierungsrat bereit, sich einzusetzen, damit einvernehmliche Standortvarianten geprüft und realisiert werden?

Michael Welz Hans-Heinrich Heusser Robert Brunner

B. Angelsberger	J. Appenzeller	M. Arnold	E. Bachmann	B. Badertscher
H. Bär	A. Berger	A. Bergmann	M. Bischoff	W. Bosshard
H. Bucher	K. Bütikofer	M. Camin	J. Cornaz	O. Denzler
S. Dollenmeier	H. Egli	M. Farner	S. Feuillet	O. Ferro
R. Frehsner	H. Frei	Hr. Frei	R. Frei	C. Gambacciani
M. Geilinger	B. Grossmann	L. Gubler	E. Guyer	L. Habicher
W. Haderer	H. Häring	H. Haug	M. Hauser	M. Homberger
L. Hübscher	R. Isler	W. Isliker	R. Jenny	O. Kern
M. Kestenholz	D. Kläy	S. Krebs	R. Kuhn	H. Kyburz
H. Läubli	U. Lauffer	R. Margreiter	R. Menzi	C. Mettler
E. Meyer	U. Moor	M. Mossdorf	W. Müller	F. Okopnik
D. Oswald	H. Portmann	P. Preisig	S. Ramseyer	H. Raths
S. Rihs	P. Roesler	M. Rohweder	L. Rüegg	C. Schaub
C. Schmid	H. Schmid	J. Schneebeli	Y. Senn	B. Steinemann
B. Stiefel	I. Stutz	A. Suter	T. Toggweiler	T. Vogel
C. Vohdin	A. von Planta	C. Walker	K. Weber	T. Weber
S. Wettstein	G. Winkler	H. Wuhrmann	O. Wyss	C. Zanetti
H. Züllig				